Litteraturbericht.

Philosophie, besonders Rechtsphilosophie.

Von Professor Dr. Reinhard Frank in Gießen.

1. Aguiléra, L'idée du droit en Allemagne depuis Kant jusqu'à nos jours. Paris 1893. Felix Alcan, éditeur. 346 S. 8°.

Petrone, La fase recentissima della filosofia del diritto in Germania. Pisa 1895. Enrico Spoerri, editori. 260 S. 8°.

Die beiden vorliegenden Werke bieten eine außerordentlich belehrende und anregende Darstellung der wichtigsten deutschen rechtsphilosophischen Systeme. Daß die Verfasser Ausländer sind, bedeutet für uns Deutsche gleichzeitig eine Anerkennung und eine Beschämung: eine Anerkennung insofern, als wieder einmal der Beweis geliefert ist, welchen Wert man im Auslande auf das Studium des geistigen Lebens gerade in Deutschland legt, — eine Beschämung insofern, als die deutsche Litteratur (meines Wissens wenigstens) kein gleichartiges Werk aufzuweisen vermag. Der Strudel, in den wir Deutsche durch die Hochflut neuer Gesetze gezogen werden, hat uns den Grundproblemen des Rechts entfremdet, der schwache Rest von philosophischem Geiste, den uns die historische Rechtsschule noch gelassen hat, droht nunmehr völlig zu erstickern, und nur von wenigen Rathgebern wird die studierende Jugend auf die Bedeutung der eigentlichen Rechtsphilosophie hingewiesen. So erklärt es sich, daß wir auf rechtsphilosophischem Gebiete die Unterstützung des Auslandes nicht entbehren können.

Der Wert der beiden Werke wird dadurch erhöht, daß ihre Verfasser sich nicht auf eine kritische Wiedergabe der verschiedenen Rechtssysteme beschränken, sondern zugleich den geistigen Zusammenhang schildern, in dem sie auftreten. Im übrigen sind die Aufgaben, die sie sich gestellt haben, nicht ganz gleich: während Aguiléra auf

Kant zurückgeht und einleitungsweise auch dessen Vorgänger behandelt, beschränkt sich Petrone auf die neuesten philosophischen Systeme.

Indem ich es mir vorbehalte, auf beide Werke später genauer einzugehen, gebe ich für diesmal nur einige orientierende Notizen.

Aguiléra unterscheidet bei den neuern Rechtsphilosophen drei Richtungen: die idealistische (Fichte, Schelling, Hegel, Lasson, Krause, Schopenhauer und Herbart), die historische (Savigny, Stahl, Buchta, Schäffle, Bluntschli, Kunze, Jhering, Post und Knapp) und die sozialistische (Lassalle und Marx). Den Schluß des ersten Teils bildet ein Hinweis auf Bierling, Dahn, Thon und Schuppe als Neufantianer. Nachdem der Verfasser die einzelnen Rechtsphilosophen behandelt und deren Ansichten kritisch beleuchtet hat, sucht er zusammenfassend die allgemeine Tendenz der deutschen Anschauungen vom Wesen des Rechts zu bestimmen. Dabei kommt er zu dem Ergebnisse, daß es die Idee der Gewalt (*l'idée de force*) sei, welche die deutsche Rechtsphilosophie in allen Phasen ihrer Entwicklung bestimmt habe. Die Erklärung hierfür findet der Verfasser in dem deutschen Nationalcharakter, von dem er folgendes Bild entwirft: „*mysticisme, amour du symbole à côté de la rudesse sensuelle, sauvagerie et douce pitié, passivité morale, docilité insouciant de sa propre dignité et amour de l'indépendance, sentimentalité intellectuelle (Gemüt) et rigorisme logique, brutalité et idéalisme, bref l'opposition d'éléments les plus contraires.*“ Auch der französische Nationalcharakter weist solche Gegensätze auf, aber sie sind zufolge der ältern Kultur in wunderbarer Weise verschmolzen, während sie in Deutschland noch unvermittelt neben einander bestehen. So erklärt sich der Subjektivismus des Deutschen, seine Wertschätzung ausgeprägter Persönlichkeiten, seine Zurückführung alles Bestehenden auf ein starkes, ja gewalthätiges Eingreifen. Sofern aber die deutsche Rechtsphilosophie im Bannkreise derartiger Ideen steht, vergift sie den Zusammenhang des Rechts mit der Moral und übersieht, daß weder diese noch jene sich vor der Gewalt beugen dürfen. „*Cet état morbide de la pensée allemande ne prendra fin que le jour où, pour le plus grand bien de l'humanité, reprenant la grande tradition de Kant, l'Allemagne saura unir à son admirable sens historique, à sa profonde intelligence de la vie et de l'organisme, le culte de la liberté et l'amour des principes, le jour où elle comprendra que l'idée est autre chose que le fait matériel, que la force qui n'est qu'un effet, ne peut fournir une règle à notre activité, que la force seule enfin, quelles que soient les formules qui la dissimulent, ne saurait jamais réaliser l'idéal social qu'elle poursuit, attendu que les peuples, comme les individus, ne valent et ne sont réellement puissants que par l'idée morale pour laquelle ils luttent et se sacrifient.*“

Petrone behandelt ex professo die rechtsphilosophischen Lehren von Jhering, Dahn, Lasson, v. Kirchmann, Bierling, Post,

Stammler und Schuppe. Sein Werk läßt das Bestreben einer Wiedererweckung naturrechtlicher Studien und eine entschiedene Gegnerschaft gegen den einseitigen Empirismus erkennen. Das Naturrecht ist dem Verfasser nicht exakte Wissenschaft (*scienza*), sondern Philosophie, mehr eine Philosophie des Lebens als eine solche des Gedankens. Schon macht sich, so führt der Verfasser gegen Schluß aus, in der Gegenwart ein Wiedererwachen des moralischen Bewußtseins, des Gefühls der Humanität, des Verständnisses für die Rechte des Individuums geltend, und die Zeit scheint reif für einen Triumph des Naturrechts, das zwar keine Philosophie des Idealismus sein kann, aber notwendigerweise eine Philosophie der individuellen Rechte sein muß.

2. Brodmann, Vom Stoffe des Rechts und seiner Struktur. Das Recht im Prozeß. Berlin. J. Guttentag. 118 S. 8°.

Die erste der vorliegenden Abhandlungen ist im wesentlichen dem Nachweise gewidmet, daß dem, was wir subjektive Rechte oder Rechtsverhältnisse nennen, nicht etwas Wirkliches, in Wahrheit Existierendes entspricht, sondern daß es sich dabei um logische Gebilde handelt, die aus gewissen konkreten Thatfachen abstrahiert werden. Deshalb ist es unrichtig, mit Zitelmann und Schuppe auf Rechte und Rechtsverhältnisse die Kategorie der Kausalität anzuwenden. Unter dieser Kategorie erscheinen vielmehr nur die Thatfachen, an welche die logische Thätigkeit des Juristen anknüpft, nicht die Ergebnisse dieser Thätigkeit selbst. Die Rechtsordnung als ganzes faßt Brodmann als eine Summe von Imperativen auf, mögen diese als Gebote oder Verbote, als kategorische oder als hypothetische erscheinen. Auch die zuerst von Thöl und später z. B. von Windscheid angenommenen „begriffsentwickelnden Rechtsätze“ sind nach dem Verfasser nur Bruchstücke von Imperativen. Bei der Rechtsanwendung handelt es sich darum, im Wege der oben erwähnten logischen Thätigkeit zu erkennen, ob die in concreto vorhandenen Thatfachen unter die vom Gesetze abstrakt formulierten Voraussetzungen des Imperativs fallen.

In der zweiten Abhandlung sucht der Verfasser die mitgeteilten Anschauungen praktisch zu verwerten, indem er hauptsächlich die Lehre vom Klagegrund und der Beweislast behandelt. Dort vertritt er mit Entschiedenheit die sogenannte Substanzierungstheorie, hier bekämpft er die herrschende Lehre auf dem Gebiete des qualifizierten Geständnisses und verwandter Fragen. Bei dieser Gelegenheit lernen wir ein interessantes Urteil des Reichsgerichts in Zivilsachen kennen. In Entsch. Bd. 33, S. 352 spricht sich der II. Senat dahin aus, daß „nur durch eine wirklich erwiesene Notwehr, nicht schon durch die Wahrscheinlichkeit einer solchen“ der vorsätzlich verübten Körperverletzung der Charakter einer rechtswidrigen That entzogen werde. Die Beweislast wird mithin so verteilt, daß der Beklagte die Notwehr beweisen muß.

Im Gegensatz hierzu haben verschiedene strafrechtliche Entscheidungen dem Kläger den Beweis des Mangels der Notwehr in dem Sinne aufgebürdet, daß bei einem non liquet freizusprechen sei. Vergl. z. B. Ur. d. IV. Sen. v. 13. November 1885 in Rechtspr. Bd. 7 S. 664. Wie läßt sich ein solcher Widerspruch zwischen Zivil- und Strafprozeß innerlich rechtfertigen?

Obwohl Kritik an dieser Stelle nicht üblich ist, so möchte ich doch meine Zustimmung zu den vortrefflichen Ausführungen konstatieren, die der Verfasser über den Gegensatz zwischen Konkretem und Abstraktem bietet. Auch in der kriminalistischen Doktrin wären uns manche unangenehme Erörterungen erspart worden, wenn man niemals von einem „Kausalzusammenhang“ zwischen Unrecht und Strafe gesprochen hätte. Daraus folgt aber noch nicht meine Zustimmung zu der von dem Verfasser unternommenen Auflösung der gesamten Rechtsordnung in Imperative. Zum mindesten fragt es sich doch: an wen richtet sich der Imperativ? An den Richter oder an den Unterthan? Wird diesem anbefohlen, sich auch in Angelegenheiten des Privatrechts so und so zu verhalten — oder ist der Inhalt des Befehls der, daß der Richter gegebenen Falls so und so urteilen soll? Wenn der Verfasser, wie es scheint, der erstern Ansicht ist, so darf ich ihn vielleicht auf die Ausführungen verweisen, die ich in meinem Kommentar des St.G.B. zu § 110 gegeben habe. Besonders wertvoll ist es mir, daß auch Richard Löning die Imperativtheorie in dem hier bekämpften Sinne als historisch nicht begründet bezeichnet (Handwörterbuch der Staatswissenschaften 2. Aufl. s. v. Arbeitsvertragsbuch). Freilich kann sich der Verfasser darauf berufen, daß es ihm nicht auf die geschichtliche, sondern lediglich auf die logische Seite der Frage ankomme. Zugegeben, daß man die einzelnen Rechtsätze logisch sämtlich als Befehle auffassen kann, so ist doch damit nicht gesagt, daß man sie so auffassen muß; und schließlich wird dann doch die geschichtliche Tradition das entscheidende Wort zu sprechen haben, namentlich dann, wenn die Frage aus dem Gebiete der rein theoretischen Erwägung in das der Praxis übertritt.

3. van Calker, Politik als Wissenschaft. (Akademische Rede zu Kaisers Geburtstag 1898 gehalten). Straßburg. J. H. Ed. Heß. 1898. 44 S. 8° und 2 S. Anmerkungen.

Die Politik als Wissenschaft hat nach van Calker eine doppelte Aufgabe, eine darstellende und eine beurteilende, kritische. Darstellen soll sie die Zustände und Einrichtungen des gegenwärtigen staatlichen Lebens in Verbindung mit den Kräften, die diese hervorgerufen haben; hieran soll sich die Beurteilung des Dargestellten schließen und zugleich sollen Vorschläge für die zukünftige Gestaltung gemacht werden. Die politischen Schriftsteller pflegen sich dieser Aufgabe in der Art zu unterziehen, daß sie an die Darstellung und Beurteilung der bestehenden Verhältnisse von einem bestimmten Partei-

standpunkt aus herantreten. Dagegen müßte eine eigentliche Wissenschaft der Politik vor allem ein bestimmtes über alle Parteistandpunkte erhabenes Prinzip formulieren. Ein solches glaubt die sogenannte soziologische Richtung, wie sie namentlich Gumplovitz und Ragenhofer vertreten, insofern gefunden zu haben, als sie die von der Naturwissenschaft für die Entwicklung der Lebewesen erkannten Gesetze auf das soziale Leben anwendet. Dem ist aber entgegenzuhalten, daß es sich für die Sozialwissenschaft nicht um das Einzelwesen, sondern um das staatliche Zusammenleben handelt. Sodann ist der naturwissenschaftliche Standpunkt deshalb nicht ausreichend, weil er einseitig auf die kausale Erklärung gerichtet ist, während die politische Betrachtung auch die Aufgabe der Beurteilung zu erfüllen hat und damit genötigt ist, die Frage der Zweckmäßigkeit aufzuwerfen. Vom streng deterministischen Standpunkte aus freilich wird die Persönlichkeit in dem Brei des Milieus erstickt und damit die Möglichkeit einer Zwecksetzung geleugnet. Dabei übersieht man aber völlig, daß die einzelne historische Persönlichkeit in ihrem Wollen und Handeln der gesamten Umgebung gegenüber einen selbständigen Faktor bedeutet.

Muß somit an der Möglichkeit der Zwecksetzung festgehalten werden, so fragt es sich, worin sie bestehen soll, welches mit andern Worten das höchste Ziel der Menschheit ist. Die heute noch überwiegende Ansicht findet es in der Zufriedenheit, in dem größtmöglichen Glück möglichst vieler. Indessen ist damit nur dem Subjektivismus der Einzelnen ein Ziel bezeichnet, aber keines gefunden, das ein über die Individualzwecke erhabenes allgemein giltiges sein könnte. Ein solches wird sich aber vermöge folgender Erwägung finden lassen. Die Grundlage menschlichen Handelns ist gegeben in dem Streben nach Befriedigung vorhandener Bedürfnisse. Unter den zahllosen Bedürfnissen ragt eine Klasse hervor; sie unterscheidet sich von allen übrigen dadurch, daß ihr für jedes Individuum ein dauernder Wert zukommt, und zu ihr gehören diejenigen Bedürfnisse, die in ihrer Befriedigung eine Entwicklung der Eigenart und damit eine Erhöhung der Leistungsfähigkeit, eine Vervollkommenung des Individuums enthalten. Damit ist der Weg gewiesen, der zum letzten Ziel, zum höchsten Gute führt. Auch in der Politik ist somit stets zu fragen, ob und inwiefern eine Einrichtung geeignet ist, die Glieder der Gemeinschaft unter Überwindung vorhandener Unvollkommenheiten dem höchsten Ziele der Vollkommenheit entgegenzuführen. Der Zweck des Staates erschöpft sich somit in den Zwecken seiner Glieder, geht aber über die jeweiligen Einzelzwecke um deswillen weit hinaus, weil sich seine Aufgabe auf eine unbestimmte Anzahl zukünftiger Generationen erstreckt.

Freilich liegt der bezeichnete Endzweck in unerreichbarer Ferne, aber er weist zugleich auf nähere Zwecke hin, über die hinaus der Weg zu dem letzten Ziele weiter führt. Derartige nähere Ziele sind für den Staat der Schutz der Rechtsordnung, die Pflege der Wohlfahrt, die Wahrung und Stärkung der Macht. In ihnen sind nicht,

wie gewisse Theorien es wollen, die letzten, wohl aber Durchgangszwecke für die staatliche Entwicklung bezeichnet.

Nur eine Konsequenz seines Standpunktes ist es, wenn der Verfasser gegenüber dem Staate die Forderung aufstellt, das Verhalten der einzelnen Individuen so zu regeln, daß ein jedes in der Verfolgung seines höchsten Zieles nicht durch die übrigen Glieder der Gemeinschaft gehindert werde. Mit dieser Forderung bringt van Calker die Idee des Naturrechts in Zusammenhang. Gewisse Bedingungen nämlich müssen zu allen Zeiten und unter allen Umständen dem Individuum erhalten bleiben, wenn anders es sich in der Richtung seiner Vervollkommenung entwickeln soll. Dahin gehören das Leben und die körperliche Integrität. Insofern an den Gesetzgeber die Forderung gestellt werden muß, daß er zu allen Zeiten und unter allen Bedingungen seine Normen auf Erhaltung dieser Güter abstellt, kann man von einem Naturrecht sprechen, wenn auch der Inhalt der Normen selbst von den Verhältnissen abhängig und daher veränderlich ist.

Ferner leitet der Verfasser aus seinem Prinzip die Idee der Gerechtigkeit ab. Der Gesetzgeber muß einem jeden in formal gleicher Weise die Möglichkeit gewähren, seine in der Richtung der Vervollkommenung gelegenen Zwecke zu verfolgen. Die Idee der Gerechtigkeit gilt aber insbesondere auch für das Strafrecht. Deshalb verwirft der Verfasser solche Maßregeln, die sich lediglich nach dem Gesichtspunkt der Gefährlichkeit des Verbrechers bemessen.

Zum Schluß prüft van Calker an der Hand seines Prinzips die auf Hebung der wirtschaftlichen Verhältnisse und auf Besserung des Schulwesens gerichteten Bestrebungen. In jener Beziehung warnt er vor Ertötung der eigenen Initiative, in dieser vor Vernachlässigung der Bildung des Charakters und der Hebung des sittlichen Bewußtseins.

4. Gutberlet, Ethik und Naturrecht. Zweite Auflage. Münster 1893. Druck und Verlag der Theissing'schen Buchhandlung. 214 S. 8°.

Bekanntlich hat die naturrechtliche Doktrin, seitdem sie aus der offiziellen Rechtswissenschaft verbannt ist, ihre Hauptzufluchtsstätte in der katholischen Moral- und Rechtsphilosophie gefunden. Dieser gehört das vorliegende Werk an, das nach Form und Inhalt den Charakter eines Lehrbuchs trägt. Der Inhalt entspricht durchaus dem Titel, er bietet also, und zwar in wesentlicher Anlehnung an den hlg. Thomas, die Lehre von der Ethik und eine eingehendere Behandlung des Naturrechts, die dem Verf. namentlich auch zu einer kritischen Behandlung der sozialdemokratischen Lehren Anlaß gibt. Für die Leser der Zeitschrift dürfte von besonderem Interesse sein, was er über die prinzipielle Stellung des Naturrechts und über die Strafe vorträgt.

Die Existenz des Naturrechts stützt der Verfasser namentlich auf die Erwägung, daß, wenn es keine in der Natur der sittlichen Wesen von selbst begründeten Rechte gäbe, keine positiven Einrichtungen solche schaffen könnten. Gäbe es kein natürliches Rechtsgesetz, so gäbe es auch kein positives. „Hat die gesellschaftliche Ordnung nicht von Natur aus das Recht zu befehlen, so kann sie höchstens Macht und Gewalt schaffen. Diejenigen also, welche alles Recht auf historische Entwicklung zurückführen wollen, untergraben die Grundlage eines jeden Rechts. Dasselbe gilt von denjenigen, welche mit Verwerfung des Naturrechts alle Rechte des Menschen im Staate aufgehen und aus demselben ausfließen lassen. Das Recht auf Persönlichkeit, Existenz und Streben nach Glückseligkeit kann keiner Staatsgewalt unterworfen sein, von keiner Staatsgewalt gegeben oder genommen werden. Wahr in der Bekämpfung des Naturrechts ist nur das, daß

1. das Staatsleben und andre Lebensordnungen, in welchen sich erst das Naturrecht bethätigen kann, dem Menschen natürlich sind und also thatsächlich das Naturrecht vom positiven Rechte nicht getrennt erscheint; daß

2. nur im Staate eine geordnete Verwirklichung der natürlichen Rechte, ein sicherer Rechtsschutz erzielt werden kann.“

Die bindende Kraft des Naturrechts beruht auf dem Befehle Gottes, es bei Meidung ewiger Strafen zu respektieren. Ein Widerspruch zwischen positivem und natürlichem Rechte ist in der Gegenwart nicht wohl denkbar; sollte er dennoch vorkommen, so wäre die gegen das Naturgesetz erlassene Bestimmung null und nichtig und nicht geeignet, den Richter zu binden. Da dieser aber seine Befugnis, Recht zu sprechen, von der Staatsgewalt ableitet, so dürfte er deren Gesetze auch nicht einfach außer Acht lassen, müßte vielmehr den Konflikt der Pflichten durch Verweigerung eines jeden Urteils lösen.

Was die Strafe betrifft, so erscheint sie dem Verfasser als ein Mittel, um zum Streben nach dem gemeinsamen Ziele der Gesellschaft anzutreiben. Indem die Strafandrohung dem zum Verbrechen Geneigten ein Uebel in Aussicht stellt, unterstützt sie seine Verpflichtung, sich im Interesse der Gesellschaft zu bethätigen. Unterliegt er dennoch der Versuchung und erhebt er sich durch das Verbrechen über die Gesellschaft selbst, so hat die Strafe zunächst die Aufgabe, ihn wieder auf die ihm gebührende Stelle hinabzudrücken; gleichzeitig aber ist sie gerichtet auf Besserung, Abschreckung und Wiederherstellung der allgemeinen sittlichen Ordnung, und in dieser letztern Beziehung erscheint sie als Vergeltung. Die Bedeutung der Strafe erschöpft sich also nicht in einem einzelnen Zwecke; welcher von den verschiedenen Strafzwecken in den Vordergrund gestellt wird, richtet sich nach der Natur der verschiedenen Gesellschaften.

5. Jöbl, Über das Wesen des Naturrechts und seine Bedeutung in der Gegenwart. S.-M. a. d. juristischen Viertelsjahrschrift 25. Bd. (9. Vd.), I. Heft. Wien. Manz'scher Verlag. 1893. 20 S. 8°.

Der Verfasser hat es sich zur Aufgabe gemacht, das Naturrecht als ein bloßes Phantom zu enthüllen und die Jurisprudenz dafür an die lebendige Realität zu verweisen, die dahinter steht. In dem Naturrecht bekämpft er die Vorstellung eines von menschlicher Satzung unabhängigen Rechtes, eines Rechtes, „welches Recht ist, nicht, weil es irgendwo gilt und geübt wird, sondern weil in ihm das Wesen der Rechtsidee selbst oder die praktische Vernunft zur Explikation gelangt, welches eben darum nicht bloß für eine bestimmte Zeit und ein bestimmtes Volk, sondern für Menschen aller Zeiten und Zonen, ja für vernünftige Wesen überhaupt gilt“ und wegen seiner reinen Vernunftmäßigkeit ewig unabänderlich ist. Derartigen Auffassungen stellt Jöbl die Erwägung entgegen, daß wir uns von einem Rechte an und für sich, von einem Rechte überhaupt, von einem Rechte vor oder über dem Menschen, von einem Rechte der Natur keine Vorstellung zu machen im Stande sind. Es gibt durchaus nur Recht unter Menschen und für Menschen, und dieses ist niemals eine Eigenschaft oder Funktion des Individuums, wie Gefühl oder Gedächtnis oder Sprache, sondern es ist nur etwas Abgeleitetes, abgeleitet einerseits aus der menschlichen Natur, d. h. ihren Wünschen und Bedürfnissen, andererseits aus der Soziabilität, d. h. aus der Thatfache, daß der Mensch nicht allein in der Welt ist, sondern mit andern Menschen zusammen lebt. Ist in diesem Sinne alles Recht Naturrecht, so fragt es sich, wie man zu der Vorstellung eines Naturrechts als etwas Besonderen hat gelangen können. Der Verfasser erklärt diese Thatfache aus dem Mißvergnügen an dem geltenden Rechte. Dieses Mißvergnügen entspringt aus der menschlichen Natur, daher hat man solche Forderungen, die darauf abzielen, Übereinstimmung zwischen dem positiven Recht und der menschlichen Natur herbeizuführen, auf ein Naturrecht gestützt. In der That aber kann man hier nicht von einem Recht, sondern nur von einer Sozialethik sprechen. Das also, was man Naturrecht nennt, ist in der That Sozialethik, d. h. Ausdruck einer ethischen Beurteilung, wie sie sich das geltende Recht stets wird gefallen lassen müssen. So gewürdigt, haben aber die naturrechtlichen Bestrebungen das große Verdienst, die Rechtsentwicklung gefördert zu haben; denn vieles von dem, was man als Recht der Natur fordert, ist Recht geworden, weil der Zeitpunkt gekommen war, in dem solche Forderungen praktisch richtig erschienen. Auch in Zukunft wird die sozialetische Beurteilung einen wesentlichen Faktor sowohl für die Rechtspflege wie für die Gesetzgebung bilden. Denn es ist unmöglich, den Richter zu einem logischen Automaten zu machen, der alle vorkommenden Fälle einfach unter einen Rechts-schematismus rubriziert, und keine Rechtsordnung kann die hinter ihr stehenden

ethischen Gedanken abweisen, wenn anders sie nicht unheilbarer Erstarrung unterliegen will.

6. M. Liepmann, *Die Rechtsphilosophie des Jean Jacques Rousseau. Ein Beitrag zur Geschichte der Staatstheorien.* Berlin. J. Guttentag. 144 S. 8°.

In der Einleitung vermehrt sich der Verfasser gegen den Gedanken, daß das Feld, auf dem die Rousseausche Rechtsphilosophie erwachsen, bereits völlig abgeerntet sei. Und in der That, wenn man die Art und Weise, wie der Verfasser die Lehre Rousseaus beleuchtet, mit der überkommenen Auffassung vergleicht, so gewinnt man den Eindruck, daß es ihm gelungen ist, die schwankenden Linien, mit denen der Parteien Haß und Günst das Charakterbild des berühmten Genfers gezeichnet hat, in scharf umgrenzte Konturen umzuformen. Mag auch eine Nachprüfung der Rousseauschen Anschauungen, zu der hier wegen ihres vorwiegend staatsrechtlichen Charakters nicht der Ort ist, vielleicht an einzelnen Stellen zu abweichenden Ergebnissen gelangen, so bleibt doch der Liepmannschen Arbeit unter allen Umständen das hohe Verdienst, der modernen Juristenwelt einen eigenartigen Einblick in die reiche Gedankenwelt der naturrechtlichen Periode gewährt zu haben. Und zwar beschränkt sich der Verfasser nicht auf eine kritische Wiedergabe der Lehren Rousseaus, sondern er behandelt in dem ersten Buche seiner Studie auch dessen Vorgänger Bodin, Althusius, Grotius, Hobbes, Spinoza, Puffendorf, den fast vergessenen Sidney, Locke und Montesquieu. Dabei verdient hervorgehoben zu werden, daß Liepmann den Esprit des lois für ein überschätztes Werk erklärt und ihm fast jede Förderung der philosophischen Spekulation abspricht.

Rousseau selbst anlangend, so weist der Verfasser schon in der Einleitung den Einwand zurück, daß die bekannte Lehre von der verfassungsmäßigen Entstehung des Staates historisch unbegründet sei; denn Rousseau sei es nicht darum zu thun, die Entstehung des Staates historisch zu erklären, sondern ideale Maßstäbe zur Beurteilung des Rechts zu gewinnen. Ebenso wenig erscheine die Auffassung gerechtfertigt, die in Rousseau einen Vorläufer des modernen Sozialismus sieht, denn in der That beschränke er sich darauf, gewisse Entartungen des Privateigentums zu kritisieren, während er es im übrigen als Grundlage und als sicherstes Bollwerk der Rechtsordnung bezeichne.

Bei der systematischen Darstellung betont der Verfasser wiederholt, daß Rousseaus Hauptwerk, der Contrat social, zwar ein rechtsphilosophisches Buch, aber mit einer bestimmten praktischen Pointe geschrieben und bestimmt ist, in die politischen Kämpfe der Republik Genf einzugreifen. Es können also vereinzelte Äußerungen, in denen der polemische Charakter hervortritt, nicht aus ihrem Zusammenhange gerissen und als Erkenntnisquellen für die tiefsten Meinungen

Rousseaus verwertet werden. Aber auch da, wo man mit größerer Berechtigung „revolutionäre Tendenzen“ bei Rousseau nachzuweisen vermöchte, erklären sie sich aus seiner unbegrenzten Hochachtung vor dem Rechte.

Innerhalb der rechtsphilosophischen Entwicklung im ganzen nimmt Rousseau nach den Ausführungen des Verfassers eine Doppelstellung ein. Abhängig ist er von seinen Vorgängern in den Ausgangspunkten, namentlich in der Konstruktion eines vorstaatlichen Zustandes, sowie in der Annahme, daß lediglich Nützlichkeitsbetrachtungen zur Staatenbildung getrieben haben. Einen Fortschritt aber weist er nach zwei Richtungen hin auf. Zunächst stellt sich seine Rechtsphilosophie als eine Befinnung auf den allgemein giltigen Maßstab und obersten Zielpunkt für jedes mögliche Rechtssystem dar, insofern Rousseau betont, daß eine richtige Beurteilung der vorhandenen Rechtszustände eine Kenntnis derjenigen voraussetzt, die da sein sollen. Gerade in diesem Punkte berühren sich die Anschauungen Liepmanns mit denen Rousseaus: auch Liepmann sieht es als Aufgabe der Rechtsphilosophie an, die Voraussetzungen und die Zielpunkte des Rechts zu bestimmen. Einen weiteren Fortschritt Rousseaus gegenüber seinen Vorgängern findet der Verfasser in der Ableitung der Gerechtigkeit aus der „Menschenliebe“ in Verbindung mit dem Gedanken einer Erziehung zum Rechte durch Erziehung des egoistischen zum sittlichen Menschen. Mit diesen Gedanken bietet die Philosophie Rousseaus einen bedeutungsvollen Ausblick auf Kant und Fichte.

7. Lotmar, Vom Rechte, das mit uns geboren ist. — Die Gerechtigkeit. Zwei Vorträge. Bern. Verlag von Schmid, Francke & Co. 1893. 95 S. 8°. Ladenpreis 2 Mk.

Beide Vorträge hat der Verfasser gehalten mit der Tendenz, „eingebildete Begriffe zu sprengen“.

In dem ersten Vortrage geht er von dem mephistophelischen Worte aus: „Vom Rechte, das mit uns geboren ist, von dem ist leider nie die Frage.“ Die Idee eines mit uns gebornen Rechtes ist thatsächlich politischen Ursprungs, wie alle Forderungen der Politik abhängig von der positiven Rechtsordnung, daher wandelbar wie diese — und mehr als diese. Der wesentlichste Unterschied des angeborenen Rechtes von dem positiven besteht darin, daß es unpositiv, unwirklich, mithin nur ein gedachtes Recht, ein Rechtswunsch ist. Aber nicht auf jedes gedachte Recht hat man den Begriff des angeborenen angewendet. Zu der Vorstellung eines solchen gehört vielmehr — neben der Beschränkung auf wesentliche, fundamentale Punkte — noch der Gedanke seiner Ursprungslosigkeit, der Unabhängigkeit von jeder geschichtlichen Verursachung. Es wird aus der Natur des Menschen abgeleitet und erscheint somit als ein natürliches Recht. Da es älter sein muß als das vom Menschen im Gange der Jahr-

hunderte entwickelte, so wird es als ewiges Unrecht der Menschheit bezeichnet. Damit in Verbindung stehen die ihm weiter beigelegten Eigenschaften, ein unantastbares, heiliges, absolutes Recht zu sein. Vermag auch ein solches Recht vor der philosophischen Kritik nicht zu bestehen, so ist es doch nicht nur durch seine praktischen Leistungen, sondern auch als Errungenschaft der Kultur oder doch als Denkmal ihrer Geschichte anziehend und ehrenwert. Die eigentliche Rechtsgelehrsamkeit freilich hat mit ihm nichts zu schaffen; ihr Objekt ist nicht der Rechtswunsch, sondern nur das positive Recht. Somit ist das Wort Mephistos wahr, aber in seinem Munde hat es nur die Bedeutung einer Aufreizung des Schülers, dem die notwendige Einseitigkeit der Rechtswissenschaft entgegengehalten wird.

In dem zweiten Vortrage unternimmt es der Verfasser, den Begriff der Gerechtigkeit festzustellen. Dem Altertum erscheint die Gerechtigkeit vielfach als die Universalität: der Gerechte ist der Tugendhafte. In diesem weiten Sinne aber soll der Begriff der Gerechtigkeit nicht genommen werden. Dem Namen nach erinnert die Gerechtigkeit an das Recht. So wird Gerechtigkeit vor allem von der Rechtsprechung erwartet, nicht minder aber von dem Examinator, dem Rezensenten, dem Dichter. Immerhin liegt hier die Beziehung zur Gerechtigkeit noch nahe: sitzt doch auch der Dichter über seine Geschöpfe zu Gericht. Mehr entfernt sich der Sprachgebrauch von seinem Ausgangspunkte, wenn wir von „gerechten“ Vorwürfen, Forderungen, Beschwerden, von „ungerechten“ Steuern, von einer „ungerechten“ Verteilung der Lebensgüter sprechen. Ja, eine Umkehrung des natürlichen Verhältnisses scheint vorzuliegen, wenn wir ein Gesetz als ungerecht bezeichnen oder gar ein Urteil als gerecht feiern, obwohl es offenbar mit dem Rechte in Widerspruch steht, oder umgekehrt als ungerecht schelten trotz seiner Übereinstimmung mit dem Recht. In dem letztern Falle ist es nicht einmal nötig, daß wir gleichzeitig das Gesetz als ungerecht angreifen; so kann man den für den Diebstahl gesetzlich feststehenden Strafrahmen als gerecht, aber die Ausmessung der Strafe im Einzelfalle als ungerecht bezeichnen. Hier und überall, wo von göttlicher, geschichtlicher, literarischer, sozialer Gerechtigkeit die Rede ist, zeigt sich, daß der Begriff der Gerechtigkeit mehr in sich schließt als die Übereinstimmung mit dem positiven Recht. Unzureichend ist daher die Altpianische Definition, nach der die Gerechtigkeit ist: *constans et perpetua voluntas ius suum cuique tribuendi* (l. 10 p. D. 1,1). Man könnte versucht sein, diese Definition durch Weglassung des Hinweises auf das *ius* zu retten und so das Wesen der Gerechtigkeit dahin zu bestimmen, daß jedem das zuerteilt werde, was ihm gebührt. Stellt man sich aber mit dem Verfasser auf den Standpunkt eines strengen Determinismus, so gibt es überhaupt nichts, was der Mensch „verdient“, und deshalb auch keine Gerechtigkeit in diesem Sinne, sondern höchstens eine Zweckmäßigkeit. Trotz seines Determinismus aber hält der Verfasser an dem Begriff einer Gerechtigkeit fest, indem er im Anschlusse an Aristo-

teles ihr Wesen in der verhältnismäßigen Gleichheit findet. Hiernach entscheidet die Gerechtigkeit nicht über das Daß und nicht über das Was der Zuteilung, sondern über das Wieviel. Da aber auch dieses nur relativ gemeint ist, so erscheint eine Ungleichheit mit dem Wesen der Gerechtigkeit vereinbar, sofern Zweckmäßigkeitsgründe für sie sprechen oder Zweck und Gegenstand der Verteilung die Ungleichheit mit sich bringen. Ungerecht dagegen ist die Ungleichheit, wenn sie zurückführbar ist auf Umstände, denen kein Einfluß auf die Verteilung zukommt.

Was speziell die Strafe betrifft, so erscheint sie dem Verfasser nicht als ein Gebot der Gerechtigkeit, wohl aber soll, wenn einmal die Strafe Rechtsens ist, die Gerechtigkeit fordern, daß das Gleiche nicht ungleich, das Ungleiche nicht gleich bestraft werde. Nicht unverträglich mit dem Wesen der Gerechtigkeit ist eine Bestrafung mit Ansehung der Person; denn die gleichen Strafen für die gleichen Handlungen können im Verhältnis zu der Person ungleiche Strafen sein. In dem besprochenen Sinne richtet sich die Gerechtigkeitsforderung nicht nur an den Richter, sondern auch an den Gesetzgeber, und erklärt es sich, daß man ein Gesetz als „ungerecht“ bezeichnen kann. — Gegen Schluß bekämpft der Verfasser die indirekten Steuern und die Fernhaltung der Frauen von den politischen Rechten als ungerecht.

Beiden Vorträgen sind zahlreiche litterarische Nachweisungen beigegeben. Leider vermissen wir darunter die spezifisch kriminalistischen Abhandlungen über den Gerechtigkeitsbegriff von Merkel („Über vergeltende Gerechtigkeit“ i. d. kriminalistischen Abhandlungen 1. Bd. S. 104 ff.) und Hugo Meyer (Gerichtssaal Jahrg. 1881 S. 101 ff.).

S. Neufkamp, Einleitung in eine Entwicklungsgeschichte des Rechts. Berlin. Carl Heymanns Verlag. 1895. 189 S. 8° und 3 S. Register. Ladenpreis 5 Mk.

Nach dem Vorworte hat sich der Verfasser eine theoretische und eine praktische Aufgabe gestellt: in theoretischer Beziehung will er den Zusammenhang der Rechtsentwicklung mit dem Kulturleben überhaupt darstellen, in praktischer Beziehung will er dem Gedanken zum Siege verhelfen, daß der Jurist und gerade er dazu berufen sei, bei der Weiterbildung des Rechts mitzuwirken. Das vorliegende Buch bildet den ersten Band einer „Entwicklungsgeschichte des Rechts“ und beschäftigt sich mit den philosophischen und methodischen Grundfragen.

Eine Entwicklung des Rechts setzt, wie der Verfasser ausführt, eine organische Weiterbildung vom Niedern zum Höhern voraus. Für ihre Darstellung handelt es sich nicht um eine Aufzählung von Thatfachen, sondern um eine Erforschung des gesetzlichen Zusammenhangs der Entwicklung und ihrer Ursachen. Gibt es aber überhaupt allgemein gültige Gesetze, welche die Entwicklung der Menschheit und insbesondere derjenigen sozialen Institutionen regeln, die wir „Recht“ nennen? Dabei ist selbstverständlich „Gesetz“ in demselben Sinne zu

nehmen wie die Naturwissenschaft den Begriff gebraucht, d. h. als eine Abstraktion, eine Zusammenfassung einer Reihe von gleichmäßigen Erscheinungen in eine kurze prägnante Formel. Der Unterschied freilich bleibt bestehen, daß es sich in den Naturwissenschaften um andere Urphänomene handelt als in den Geisteswissenschaften: dort um Kräfte, hier um Triebe. Im übrigen aber muß man den Begriff des Gesetzes auch auf dem Gebiete der geistigen Entwicklung anerkennen, wenn anders man nicht zu der absurden Konsequenz gelangen will, daß sie lediglich durch den Zufall beherrscht wird. Es handelt sich also für eine Entwicklungsgeschichte des Rechts darum, diejenigen Triebe zu ermitteln, welche für die Fortbildung des Rechts von Bedeutung sind, sodann um Darlegung der Art und Weise, wie sie die Entwicklung des Rechts beeinflusst haben. Vorweg konstatiert der Verfasser, daß für die Rechtsentwicklung drei Arten von Trieben in Betracht kommen: zwei egoistische, nämlich der Selbsterhaltungsz- und der Fortpflanzungstrieb, und ein altruistischer, nämlich der Gesellschaftstrieb.

Es fragt sich nunmehr weiter: gibt es eine Entwicklung des Rechts? Bis zu einem gewissen Grade läßt sich der Beweis für die Bejahung der Frage aus Parallelercheinungen in andern Wissensgebieten erbringen. So hat für das Gebiet der Biologie Darwin höchst wahrscheinlich gemacht, daß es eine fortschreitende Entwicklung der Lebewesen von niedern zu höhern Stufen gibt. Noch näher liegt eine Vergleichung mit der Sprachwissenschaft, die namentlich seit Wilhelm v. Humboldt das Entwicklungsprinzip als ein wesentliches aufgenommen hat. Ebenso wie man früher darüber stritt, ob die Sprache eine göttliche Institution oder eine menschliche Erfindung sei, stritt man in entsprechender Weise über den Ursprung des Rechts. Möchte man dieser oder jener Auffassung huldigen, so sah man doch jedenfalls Sprache und Recht als unwandelbare Erscheinungen an, und so war dort eine Entwicklungsgeschichte der Sprache, hier eine Entwicklungsgeschichte des Rechts unmöglich. Es muß daher als ein gar nicht hoch genug zu veranschlagendes Verdienst der historischen Schule bezeichnet werden, daß sie mit der Auffassung des Rechts als einer von Anfang an gleichen oder auf willkürlicher Erfindung beruhenden Institution ein für allemal gebrochen hat. Durch seine historische Auffassung vom Werden des Rechts hat Savigny für die Jurisprudenz dieselbe Bedeutung erlangt wie W. v. Humboldt für die Sprachwissenschaft. Gleichwohl ist v. Savigny noch stark in naturrechtlichen Anschauungen befangen. Das ergibt sich namentlich aus seiner Behandlung der Lehre von den Rechtsquellen; denn indem er „die allgemeine Natur der Rechtsquellen“ neben den „Quellen des heutigen römischen Rechts“ behandelt, zeigt er, daß er gewisse hierher gehörige Sätze für allgemeingiltige hält. Aber auch die moderne Rechtswissenschaft ist auf diesem Gebiete naturrechtlich. Das gilt z. B. für Eisele („Unverbindlicher Gesetzesinhalte“ im Arch. f. ziv. Praxis

Bd. 69, S. 275 ff.) und sogar für Bergbohm („Jurisprudenz und Rechtsphilosophie“ S. 548), die beide erklären, daß als Rechtsquellen nur Gesetz und Gewohnheit in Betracht kommen können. Nimmt man aber auf den Gebieten der Quellenlehre einen allgemein gültigen Satz an, so gerät man überhaupt auf die abschüssige Bahn des Naturrechts.

Auf der andern Seite hat die historische Rechtsschule den umgekehrten Fehler gemacht, eine Frage als eine naturrechtliche anzusehen, die es gar nicht ist, nämlich die nach der Weiterbildung des Rechts. Der Grund hierfür liegt darin, daß die naturrechtliche Doktrin diese Frage aufs engste mit ihrem aprioristischen Standpunkte verknüpft hat und verknüpft. (Dabei denkt der Verfasser an Stammler, gegen den er eingehend polemisiert). Eben deshalb hat die historische Schule zugleich mit diesem Standpunkt auch die Behandlung jener Frage abgelehnt. Wenn viele Jüngere, z. B. Brinz, ebenfalls die Fortbildung des Rechts als außerhalb der eigentlichen Aufgaben des Juristen liegend ansehen, so geraten sie nicht nur in Widerspruch mit der Praxis der Gesetzgebung, sondern auch mit den Grundanschauungen der historischen Schule. Denn ist das Recht in fortwährender Entwicklung begriffen, so läßt sich nicht absehen, weshalb die Rechtswissenschaft bei dem zur Zeit geltenden Rechte Halt machen und nicht auch diejenigen Faktoren erkennen und praktisch wirksam machen sollte, welche die zukünftige Gestaltung des Rechts bedingen müssen.

Anscheinend ist der Verfasser geneigt, die von ihm vertretene Entwicklungsgeichte für die höchste Aufgabe der juristischen Wissenschaft zu halten. Den Rang einer Wissenschaft aber nimmt er mit Entschiedenheit auch für die Dogmatik in Anspruch. Er verwirft ihre Bezeichnung als einer bloßen Auslegungskunst und betont, daß sie unser Wissen durch Zusammenfassung des Zusammengehörigen, durch Bildung von Begriffen unterstützt und unsre Einsicht in das Wesen des Rechts und dessen einzelne Institute fördert, indem sie durch richtige Gruppierung des Stoffs uns den Zusammenhang der Rechtsinstitute und deren Unterschiede erkennen läßt.

In dem letzten Kapitel seines Buches beschäftigt sich der Verfasser mit der Frage, nach welcher Methode die Entwicklungsgeichte des Rechts zu schreiben sei. Er verwirft die „ethnologische“, desgleichen die „vorgeschichtliche“ und die „rechtsvergleichende“ und entscheidet sich für die „entwicklungsgeichtliche“. Hiernach gedenkt er zu behandeln: die Entwicklung des Rechts von innen heraus, d. h. die Weiterbildung der innerhalb des Rechts liegenden Gedanken, — ferner die Entwicklung des Rechts von außen, d. h. durch Faktoren, welche das Kulturleben, die Kulturentwicklung der Völker überhaupt und damit auch die Rechtsentwicklung beeinflussen — endlich den innern Zusammenhang der gesamten Entwicklung auf dem Gebiete des Rechts. Mit dieser letztern Aufgabe würde sich die Formulierung maßgebender

Gesetze und Prinzipien verbinden. Ihren Stoff entlehnt die Entwicklungsgeschichte sowohl der Rechtsgeschichte und der Rechtsdogmatik als auch der Kulturgeschichte der Menschheit im ganzen. Es ist nicht die Absicht des Verfassers, die Entwicklungsgeschichte an die Stelle der Rechtsgeschichte treten zu lassen, sondern nur die letztere, die seiner Ansicht nach einen „deskriptiven“ Charakter hat, durch die auf die kausale Seite eingehende Entwicklungsgeschichte zu ergänzen.

Man darf jedenfalls gespannt darauf sein, wie der Verfasser die interessante Aufgabe, die er sich gestellt hat, löst.

9. Rudolf Stammler, *Wirtschaft und Recht nach der materialistischen Geschichtsauffassung*. Leipzig. Veit & Comp. 1896. 668 S. 8°.

In dem vorliegenden Werke hat es sich der Verfasser zur Aufgabe gemacht, die grundlegenden Begriffe der Sozialphilosophie zu entwickeln. Er geht von dem Gedanken aus, daß jede exakte Einzelforschung nur dann einen wirklichen Wert hat, wenn sie in einem abhängigen Zusammenhange mit einer allgemeinen Gesetzmäßigkeit steht und an einer allgemein gültigen Richtlinie der Erkenntnis geleitet wird. Auch jede juristische Einzeluntersuchung muß sich nach dem Verfasser, wenn anders sie wissenschaftlichen Wert beansprucht, in das Ganze einer einheitlichen Grundauffassung vom Wesen und Werden des Rechts einfügen. Jedes Hinausgehen über festgestellte Einzelbeobachtungen und jeder Versuch, das konkret Wahrgenommene als gesetzmäßig darzutun, hat nur auf Grund einer allgemein gültigen Gesetzmäßigkeit des sozialen Lebens Sinn und Bedeutung. Für die Philosophie aber fragt es sich: inwiefern gibt es eine solche Gesetzmäßigkeit? Was heißt es, wenn man in den sozialen Wissenschaften von Gesetzen spricht? Inwiefern wohnt sozialen Erscheinungen die Eigenschaft gesetzmäßiger Notwendigkeit bei?

Einen eigentlichen Vorgänger auf diesem Gebiete hat Stammler nicht, reiche Anregung aber verdankt er seiner eigenen Erklärung nach der materialistischen Geschichtsauffassung, und indem er deren Lehren näher ins Auge faßt, gestaltet sich sein Werk zu einer Kritik, aber nicht nur der materialistischen Geschichtsauffassung selbst, sondern auch deren praktischer Konsequenz, des modernen Sozialismus. Der Ausgangspunkt der Stammerschen Deduktionen macht es ferner verständlich, daß auch der Beurteilung der historischen Rechtsschule ein breiter Raum gewährt wird, und die mannigfach verschlungenen Pfade der Darlegung führen den Verfasser endlich auch zu einer Kritik des Anarchismus.

Bekanntlich lehrt die materialistische Geschichtsauffassung die Abhängigkeit des Rechts von der Wirtschaft. Diese letztere ist ihr das eigentlich Reale im gesellschaftlichen Leben. Sie ist das herrschende, befehlende Element, während dem Rechte eine dienende Rolle zugefallen ist. Das Recht richtet sich — immer im

Sinne des historischen Materialismus gesprochen — nach der Wirtschaft. Die primäre Gesetzmäßigkeit kommt den ökonomischen Phänomenen zu; ihrer Entwicklung muß das Recht folgen — andernfalls wird es zermalmt.

Die materialistische Geschichtsauffassung tritt in einen Gegensatz zu der ideologischen, die das Vorhandensein selbständig entstehender und wirkender Ideen in dem Gange der geschichtlichen und somit auch der rechtlichen Entwicklung behauptet. Zwar unternimmt es der Materialismus nicht, das Vorhandensein von Ideen zu leugnen, aber er betrachtet sie nicht als etwas selbständiges, sondern als etwas durch die Wirtschaft (die Materie) bedingtes. Von diesem Standpunkte aus gelangt der Materialismus schließlich dazu, alle geistigen Erscheinungen der Menschheit, namentlich die verschiedenen Werturteile, als Ausflüsse sozialer Verhältnisse zu betrachten.

Mit dem Materialismus weist der Historismus, wie er besonders in der historischen Rechtsschule zum Ausdruck gelangt ist, eine gewisse Verwandtschaft auf, insofern auch er das Recht als ein Produkt natürlicher Verhältnisse ansieht. Dennoch wäre nichts verkehrter als eine Vermengung beider Richtungen. Denn der Historismus faßt das Recht als eine gemeinsame Überzeugung des Volkes auf, die in ihrer Entstehung keiner genauern Erforschung zugänglich sein soll, während sich der Materialismus gerade die strengste Anwendung des Kausalgesetzes zur Aufgabe gemacht hat. Eben dadurch erhebt er sich an wissenschaftlichem Werte weit über den Historismus.

Als bedeutendste Konsequenz der materialistischen Geschichtsauffassung erscheint der von Marx begründete Sozialismus. Marx geht davon aus, daß in der Neuzeit die Produktion in planmäßig organisierter Weise innerhalb ökonomischer Einheiten erfolgt, in denen Menschen in gemeinsamer Arbeit für einheitliche Zwecke zusammengefaßt werden (Fabriken, Bergwerke, Großgrundbesitz, Großhandel). Über dieser wirtschaftlichen Grundlage schwebt nun nach Marx eine veraltete Rechtsordnung, die das Privateigentum des Arbeiters an den Mitteln und den Objekten der Produktion zu ihrem Kernpunkte hat. Tatsächlich aber trifft dieses Verhältnis für den modernen Arbeiter nicht zu; anstatt seiner ist der Unternehmer Eigentümer der Produktionsmittel und der Produktionsobjekte. Eine Mehrheit leistet die Arbeit und nur wenige sind Eigentümer der Waare. Die Arbeit suchende Masse gibt der modernen Produktion die Tendenz zur schrankenlosen Ausdehnung. Je mehr aber produziert wird, um so schwieriger wird es für den einzelnen Unternehmer, seine Waare umzusetzen. Hierin liegt ein „Widerspruch“, der zu den modernen Krisen führt und nach der Grundauffassung des Materialismus naturgesetzlich seine Lösung in dem Sinne finden muß, daß das Recht der Wirtschaft weicht, indem die Produktionsmittel und die Produktionsobjekte in das Eigentum der Gesamtheit übergeführt, kollektiviert werden.

Die Kritik des Sozialismus hat an den Ausgangspunkt des Materialismus einzusetzen; sie hat zu fragen: hängt die Gesellschaftsordnung wirklich notwendig von der Entwicklung der ökonomischen Phänomene ab? Und wie steht es mit der gesetzmäßigen Bedingtheit der letztern?

Zur Beantwortung dieser Frage untersucht Stammler zunächst die begrifflichen Eigentümlichkeiten des sozialen Lebens. Welches ist das feste Merkmal, durch das der Begriff des sozialen Lebens der Menschen als eigener Gegenstand wissenschaftlicher Betrachtung konstituiert wird? Nach Zurückweisung der bis jetzt vorliegenden Definition von Spencer und dem ältern Rümelin kommt der Verfasser zu dem Ergebnisse, daß soziales Leben äußerlich geordnetes Zusammenleben von Menschen sei. Erst dann, wenn eine Regelung vorliegt, läßt sich überhaupt von sozialem Leben sprechen; erst von diesem Augenblicke an wird es zum Gegenstand einer andern Betrachtung als der rein naturwissenschaftlichen. Indessen braucht die Regelung begrifflich keine rechtliche zu sein, noch weniger vom Staate auszugehen; es genügt, wenn sie eine menschliche ist. Als solche kann sie rechtliche Satzung oder Konventionalregel sein. Der Unterschied liegt darin, daß das Recht den Anspruch erhebt, zu gebieten, ganz unabhängig von der Zustimmung der Gewaltunterworfenen, während die Konventionalregel nur zufolge der Einwilligung der Unterstellten gelten will. Die Regelung — mag sie auf diese oder jene Weise erfolgen — bildet die Form des sozialen Lebens, seine Materie dagegen ist das auf Bedürfnisbefriedigung gerichtete menschliche Zusammenwirken; also nicht die Bedürfnisbefriedigung selbst, sondern das darauf gerichtete Zusammenwirken. Daher ist es unrichtig, wenn die Nationalökonomie sich mit der Einzelwirtschaft befaßt; diese ist vielmehr ein Gegenstand der angewandten Naturwissenschaft, der Technik; die Aufgabe der Nationalökonomie beginnt erst, wenn Menschen zusammenwirken. Da dieses Zusammenwirken nun, soweit die Erfahrung reicht, überall rechtlich geregelt ist, so kann man sagen: das soziale Leben besteht darin, daß sich rechtliche Beziehungen zwischen Menschen, d. h. Rechtsverhältnisse bilden. Das Wesen des von dem historischen Materialismus so häufig gebrauchten Begriffs der ökonomischen Phänomene erklärt sich nunmehr dahin, daß man darunter gleichheitliche Massenerscheinungen von Rechtsverhältnissen zu verstehen hat. Gerade darin aber besteht die Aufgabe der Nationalökonomie, daß sie die ökonomischen Phänomene zu studieren, d. h. zu untersuchen hat, wie sich eine Rechtsordnung in ihrer konkreten Durchführung gestaltet.

Somit zeigt sich, daß das Verhältnis zwischen Recht und Wirtschaft eher im entgegengesetzten Sinne zu denken ist als der Materialismus lehrt: nicht die Wirtschaft erscheint als das Herrschende, sondern umgekehrt das Recht. Aber auch durch diese Formulierung

wird das Richtige nicht getroffen: Recht und Wirtschaft verhalten sich nicht wie Ursache und Wirkung, sondern es besteht zwischen ihnen das Verhältnis der Regel und des Geregelter. Es gibt somit keine allgemein giltigen nationalökonomischen Wahrheiten; es gibt keine besondere Gesetzmäßigkeit der Wirtschaft. Alles, was die Nationalökonomie lehrt, gilt nur unter der Voraussetzung einer bestimmten Regelung, und die Gesetzmäßigkeit des sozialen Lebens ist nicht eine solche ihrer Materie, sondern nur ihrer Form, d. h. des Rechts.

Hiernach handelt es sich darum, die Gesetzmäßigkeit des Rechts festzustellen. Mit diesem Problem hat die Frage nach der ersten Entstehung des Rechts nichts zu thun; vielmehr ist eine bestimmte rechtliche Organisation vorauszusetzen und dann zu fragen: wie und warum ändert sie sich? Nun zeigt sich sehr bald, daß die Veränderung des Rechts an die sozialen Phänomene anknüpft. Über die Bedeutung derselben entstehen bestimmte Vorstellungen und Meinungen, hieran schließen sich Wünsche und Bestrebungen, die auf Änderung der sozialen Ordnung gerichtet sind. Derartige „Ideen“ sind also den Massen nicht aus eigenen geistigen Welten wissenschaftlich unabhängigen Herrschaftsgebietes zugeflogen, sondern durch soziale Phänomene kausal bedingt, mag sich auch der nähere Entstehungsprozeß in ganz unaufrollbare Verwicklungen verlieren.

Die Auffassung, daß alle Rechtsveränderungen sich durch soziale Phänomene erklären, Recht und Wirtschaft nicht unter verschiedener, sondern unter einheitlicher Kausalität stehen, bezeichnet Stammler als den Monismus des sozialen Lebens. Seine Lehre unterscheidet sich aber von der materialistischen im wesentlichen nach zwei Richtungen hin.

1. Der Materialismus behauptet, daß die soziale Wirtschaft ihre eigne, von der des Rechts unabhängige Kausalität habe, während nach Stammler die soziale Wirtschaft nur als eine geregelte und daher von der Regel — dem Rechte — abhängige gedacht werden kann. Die Gesetzmäßigkeit des sozialen Lebens ist somit eine Gesetzmäßigkeit nicht der Materie (der Wirtschaft), sondern der Form (des Rechts).

2. Wenn auch die Entwicklung des Rechts durch soziale Massenerscheinungen beeinflusst wird, so ist sie doch nicht, wie der Materialismus lehrt, als eine kausalgesetzliche, sondern als eine teleologische zu begreifen. Auf das Gebiet des sozialen Lebens läßt sich die für die Naturwissenschaft maßgebende Kausalitätslehre nicht übertragen; seine Gesetzmäßigkeit ist eine teleologische.

Mit diesen letzten Sätzen ist die Stelle bezeichnet, an welcher der von Stammler vertretene soziale Idealismus einsetzt. Er hebt sich von dem Materialismus dadurch scharf ab, daß er neben dem Gesetze der Kausalität das des Telos in die Erörterung einführt.

Es ist nämlich nach dem Verfasser eine Unart des modernen Sprachgebrauchs, wenn er den Begriff der Gesetzmäßigkeit mit dem des Kausalgesetzes identifiziert. Das Kausalgesetz ist weiter nichts als eine allgemein gültige formale Art und Weise, in welcher wir die in der Erscheinung gegebenen Anschauungen nach einheitlicher Auffassung ordnen. Es ist aber nicht die einzige denkbare Art und Weise, vermöge deren wir eine solche Ordnung vornehmen können. Damit das Kausalgesetz in Aktion treten kann, ist nötig, daß empirisches Einzelmaterial vorliegt, daß Erscheinungen bereits gegeben sind, welche nunmehr nach jenem Grundsatz notwendiger Verursachung zum Behufe wissenschaftlicher Einsicht geordnet werden können. Daraus folgt, daß das Kausalgesetz an zukünftige Handlungen gar nicht heranreicht und daß es auf den Gedanken einer Wahl durchaus keine Anwendung finden kann. Aber auch auf diesem Gebiete herrscht eine Gesetzmäßigkeit, nämlich die teleologische. Sie besteht darin, daß alle einzelnen Zwecksetzungen sich einem absoluten Endzwecke unterordnen müssen, und je nachdem sie das thun oder nicht, als berechtigt oder als unberechtigt erscheinen. Die Gesetzmäßigkeit des Telos ist daher keine Gesetzmäßigkeit des Mössens, sondern eine solche des Sollens.

Der Materialismus übersieht also, daß das Recht sich nur durch den Willen der Menschen ändert, und daß somit eine bevorstehende Rechtsänderung nicht durch das Gesetz der Kausalität, sondern nur durch das des Telos erfaßt werden kann. Deshalb ist es unrichtig, wenn er von einer notwendig eintretenden, also kausal bedingten Umformung des Rechts durch die Wirtschaft spricht. Welchen Sinn hätte auch von diesem Standpunkte aus die sozialistische Agitation? Man gründet doch keine Partei, um eine von vornherein als sicher erkannte Mondfinsternis vorzubereiten! Höchstens könnte der Materialismus die Abhängigkeit des Rechts von der Wirtschaft im teleologischen Sinne, in dem Verhältnis von Mittel und Zweck verstehen, so also, daß das Recht der vorgeschrittenen Wirtschaft folgen solle, weil der Zweck des Rechtes die Förderung der Wirtschaft sei und das alte Recht nicht mehr als ein geeignetes Mittel zur Erreichung dieses Zweckes erscheine.

In der That haben die Materialisten sich dieser Auffassung nicht verschließen können. Sie bedurften ihrer für den Gebrauch des täglichen Lebens, das Parteigründung und Agitation verlangte. Aber diese Anerkennung des teleologischen Gedankens verträgt sich ganz und gar nicht mit dem Ausgangspunkte des Materialismus. Sie erscheint als eine Inkonssequenz, ja als eine praktische Verneinung des theoretischen Grundgedankens.

Da aber einmal der Materialismus zu teleologischen Erwägungen gebrängt wurde, so konnte er die Frage nicht umgehen, worin denn das höchste Ziel des sozialen Lebens zu finden sei. Über-

wiegend haben es seine Vertreter in der Produktionsförderung gefunden.

Nun kann aber als oberstes soziales Ziel niemals ein einzelnes, konkretes angesehen werden. Denn jedes konkrete Ziel ist ein solches für bestimmte Menschen. Dagegen ist von einem obersten Prinzip zu fordern, daß es in einer allgemeinen gültigen Rücksichtnahme auf alle Rechtsunterworfenen ohne Ausnahme bestehe. In diesem Sinne aber kann die Förderung der Produktion nicht als höchstes Ziel angesehen werden, schon deshalb nicht, weil die Produktion doch selbst nur zum Zwecke der Bedürfnisbefriedigung erfolgt, also unmittelbar auf ein nächst höheres Ziel hinweist.

Ist es überhaupt möglich, ein höchstes Ziel des sozialen Lebens aufzustellen? Der Historismus hat die Frage vielfach verneint. Indem er nachweist, daß zu verschiedenen Zeiten und bei verschiedenen Klassen der Bevölkerung die Ansichten darüber geschwankt haben, worin es zu finden sei, glaubt er dargethan zu haben, daß es mit Allgemeingültigkeit überhaupt nicht aufgestellt werden könne. Das ist aber im Grunde genommen gerade so, wie wenn man aus der Verschiedenartigkeit, mit der naturwissenschaftliche Fragen beantwortet worden sind, die Unmöglichkeit einer naturwissenschaftlich objektiv richtigen Erkenntnis überhaupt folgern wollte. Die Gesetzmäßigkeit des sozialen Lebens in dem Sinne einer zu postulierenden Übereinstimmung mit einem höchsten Ziele ist keineswegs wandelbar. Wandelbar, aber auch verbesserbar, sind nur die Ansichten und Lehren darüber.

Es fragt sich nun: ist als Mittel zur Erreichung des höchsten Ziels oder, genauer gesagt, zur Annäherung an dasselbe gerade das Recht nötig? Ist nicht vielleicht dem Anarchismus zuzustimmen, wenn er alles in der Form der Konventionalregel ordnen will? Allerdings bedarf gerade das Recht einer Rechtfertigung. Denn es beherrscht ja den Menschen ohne seinen Willen, ja seinem Willen zuwider, während die Konventionalregel nur soweit herrscht, als der Einzelne sich von ihr beherrschen lassen will. Die Steppis, mit welcher der Anarchismus dem Rechte gegenübertritt, ist daher nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. In der That aber ist das Recht notwendig und als Mittel zur Erreichung des höchsten Ziels deshalb gerechtfertigt, weil es und nur es für alle Menschen gilt, nicht lediglich für die, welche sich ihm unterwerfen wollen.

Das oberste soziale Prinzip aber kann nach Stammeler nicht in dem Glücke oder der Wohlfahrt, der Zufriedenheit gefunden werden; denn damit sind nur empirisch bedingte, besondere, zufällige, von Person zu Person schwankende Ziele bezeichnet; sondern nur in einer solchen Regelung der Gemeinschaft, bei welcher jeder die objektiv berechtigten Zwecke des andern als die seinigen behandelt. Da nun in dem objektiv berechtigten Wollen die wahre Freiheit des Wollens enthalten ist, so kann man auch sagen: das

oberste soziale Ziel ist die Gemeinschaft frei wollender Menschen.

Damit ist für jede einzelne Bestrebung, für jede einzelne Maßregel des Gesetzgebers der Gesichtspunkt gegeben, nach welchem ihre objektive Berechtigung geprüft werden muß, und der so aufgefundenene Maßstab ist unabhängig von aller geschichtlichen Erfahrung. Abgesehen von den früher erwähnten Fehlern in den Ausgangspunkten der Betrachtung, liegt der größte Irrtum des historischen Materialismus darin, daß er es versäumt hat, die Berechtigung seiner Forderung auf Kollektivierung der Produktionsmittel an der Hand eines solchen höchsten Gesetzes zu prüfen. —

Im vorhergehenden habe ich versucht, die äußern Linien nachzuzeichnen, in denen sich der Gedankengang Stammlers bewegt. Dabei war es geboten, von alledem vorläufig abzusehen, was sein Werk an Arabesken bietet. Jetzt aber, da eine Abschweifung die Übersicht über das Ganze nicht mehr zu stören vermag, dürfte es an der Zeit sein, wenigstens eine der Fragen näher ins Auge zu fassen, auf die der Verfasser nebenher eingegangen ist. Ich meine die des Naturrechts.

Wie oben erwähnt, betrachtet Stammler das Recht als die Form des sozialen Lebens. Es ist nun die allgemeine Eigentümlichkeit der Form, daß sie für sich allein wissenschaftlich behandelt werden kann. Das gilt für das Recht in gleicher Weise wie für die Mathematik: ebenso wie der Mathematiker gewisse Figuren behandeln kann ohne Rücksicht auf ihr Vorkommen in der Natur, vermag auch der Jurist bestimmte Rechtsätze zu zerlegen ohne Bezugnahme auf konkrete Fälle. Diese Unabhängigkeit der formalen Rechtsbetrachtung von der jeweils wirklichen sozialen Wirtschaft bringt nun die Versuchung mit sich, die rechtlichen Bestimmungen gänzlich von aller zu regelnden Materie zu entfernen. Dahin gehören die Versuche, ein Naturrecht aufzustellen. Man kann gegen ein solches nicht einwenden, daß das Recht sich bei den verschiedenen Völkern und zu den verschiedenen Zeiten verschieden gestaltet habe; denn daraus läßt sich der Schluß auf eine a priori feststehende Notwendigkeit der Verschiedenheit nicht ziehen. Gerade so gut könnte man behaupten, aus der Thatfache, daß es in Deutschland niemals ein einheitliches Privatrecht gegeben hat, folge die Unmöglichkeit einer einheitlichen Kodifikation. Noch schwächer würde sich der Einwand aus dem ständigen Wechsel der Ansichten über den Inhalt des Naturrechts ausnehmen. Denn durch Irrtum und Meinungsverschiedenheiten vermag sich sehr wohl die richtige Ansicht durchzuringen. Ganz mißglückt ist auch der Versuch, die Unzulässigkeit naturrechtlicher Erörterungen darauf zu stützen, daß diese für sich doch niemals ein „Recht“ liefern können. Das würde der reine Wortstreit sein, bei dem das Naturrecht sachlich sehr wohl weiter zu bestehen vermöchte. In der That ist der vernünftige Sinn der naturrechtlichen Bewegung immer nur der, daß man nach

einem idealen, für den Gesetzgeber erstrebenswerten Rechte sucht, nicht nach einem solchen, das die Gewaltunterworfenen oder die Behörden binden sollte. Damit widerlegt sich auch der Einwand Bergbohm's („Jurisprudenz und Rechtsphilosophie“), der sich auf die Unmöglichkeit eines neben dem positiven geltigen Naturrechts stützt. Es handelt sich ja gar nicht darum, ein jetzt schon geltiges, sondern ein erstrebenswertes Recht aufzustellen.

Wohl aber spricht gegen die Mehrzahl der naturrechtlichen Systeme die Erwägung, daß die Aufgabe des Rechts in der Regelung der Bedürfnisbefriedigung gefunden werden muß und daß sowohl die Bedürfnisse selbst als auch die Art und Weise ihrer Befriedigung empirisch bedingt sind und nach Ort und Zeit wechseln. Auch die Versuche, ein unwandelbares Recht aus der menschlichen Natur abzuleiten, müssen fehlschlagen, denn die menschliche Natur bestimmt sich teils durch ererbte Anlagen, teils durch wechselnde und gar nicht kontrollierbare Faktoren. In der That sind denn auch die Rechtslehrer, die sich auf die menschliche Natur stützen, schon bei den Ausgangspunkten ihrer Erörterung zu ganz verschiedenen Ergebnissen gelangt.

So kommt denn Stammler zu dem Schlusse: es gibt keinen einzigen Rechtsatz, der seinem positiven Inhalte nach a priori feststände. Gleichwohl behauptet er nicht nur die Möglichkeit naturrechtlicher Erwägungen überhaupt, sondern auch der Gewinnung naturrechtlicher Sätze. Zu leugnen ist nur die Unwandelbarkeit des Naturrechts, festzuhalten aber an einem Naturrechte mit wechselndem Inhalte. Stammler versteht somit unter Naturrecht diejenigen Rechtsatzungen, welche unter empirisch bedingten Verhältnissen das theoretisch richtige Recht enthalten. Natürlich haben solche Sätze nicht kraft ihrer Erkenntnis Giltigkeit; sie bedeuten nur Zielsetzungen für die Gesetzgebung.

10. Max Wentscher, Über physische und psychische Kausalität und das Prinzip des psycho-physischen Parallelismus. Leipzig 1896. Verlag von Johann Ambrosius Barth. 122 S. 8°. Preis 4 M.

Von dem Gedanken geleitet, daß die Philosophie die ihr gebührende Stellung unter den Wissenschaften alsbald wieder einnehmen müsse und werde, behandelt der Verfasser das Grundproblem der Psychologie, nämlich die Frage nach dem Zusammenhange der physischen und der psychischen Vorgänge. Überwiegend hat seine Arbeit einen polemischen Charakter, insofern sie sich gegen den Parallelismus, d. h. gegen diejenige Theorie wendet, nach der eine Einwirkung des Physischen auf das Psychische und umgekehrt ausgeschlossen ist und jede Reihe nur zufolge der ihr eigentümlichen Kausalität auf denselben Punkt stößt wie die andre. Die Untersuchung wird in der Art

angestellt, daß der Verfasser zunächst die physische, darauf die psychische Kausalität prüft und endlich von der Natur der psycho-physischen Vorgänge handelt. Von den zahlreichen Einwendungen, die er gegen den Parallelismus vorbringt, betont er am schärfsten den, daß, wenn die Gebiete des Physischen und des Psychischen völlig getrennte Welten ohne die Möglichkeit einer Wechselwirkung wären, wir von dem Physischen nichts wissen könnten. Indem der Verfasser an der Möglichkeit der Wechselwirkung festhält, bezeichnet er ihre nähere Erklärung als außerhalb des menschlichen Erkenntnisvermögens liegend.